

Alt/Futures: Rechte Zukunftsnarrative für den Osten Deutschlands

Julia Leser

ABSTRACT: Der Beitrag untersucht, welche Bedeutung Zukunftsnarrative für rechte Bewegungen haben und welche Position der Osten Deutschlands in den Wahlkampfstrategien der AfD einnimmt. In Anlehnung an die Konzeption von rechten (Neu-)Erzählungen nationaler Geschichte als Alt/Histories – also als verzerrte Alternative Histories –, führt dieser Beitrag das Konzept der Alt/Futures ein. Es richtet den Blick auf die von rechten Bewegungen entworfenen Zukunftsbilder, die auf den verzerrenden Alt/Histories basieren und auf die (Re)Konstitution einer ‚besseren‘ Nation abzielen. Hoffnung steht im affektiven Zentrum dieser ostdeutschen Alt/Futures und fungiert als zentrale politische Ressource für rechte Bewegungen in der Region. Dies zeigt der Beitrag anhand ethnografischen Materials, das während des AfD-Wahlkampfs in ostdeutschen Bundesländern im Jahr 2019 von einer Gruppe Forschender, zu denen die Autorin gehört, erhoben wurde. Am Beispiel der AfD-Erzählungen über Ostdeutschland wird deutlich, wie Hoffnung auf Zukunft als Ressource in lokalen Kontexten funktionieren kann und wo sie an ihre Grenzen stößt.

SCHLAGWORTE: Ostdeutschland, Alternative für Deutschland (AfD), Rechte Politik, Zukunft, Hoffnung

ZITIERVORSCHLAG: Leser, J. (2025): Alt/Futures: Rechte Zukunftsnarrative für den Osten Deutschlands. In: Berliner Blätter 91, 86–102, DOI: 10.60789/911177.

Einleitung

„Der Osten leuchtet, der Westen ist verloren“ – so betitelt der Compact-Herausgeber Jürgen Elsässer einen Leitartikel im gleichnamigen Online-Magazin. Angesichts der, aus seiner Sicht, schwachen Wahlergebnisse für die AfD (Alternative für Deutschland) bei der Bundestagswahl 2021 setzt er sich in diesem mit der Frage auseinander, ob man jetzt lieber auswandern sollte oder ob für Deutschland – aus Perspektive der Rechten – noch Hoffnung bestehe.¹ Anlass für Hoffnung sieht Elsässer in den höheren Wahlergebnissen für die AfD in den ostdeutschen Bundesländern. „Deutschland“, so schreibt er, „kann nur noch im Osten gerettet werden. Der Osten muss sich vom Westen abspalten, bevor auch er vergiftet wird. Ob es dazu einer staatlichen Sezession bedarf und ob diese überhaupt umsetzbar ist [...], ist eine offene Frage.“

Nationalistische Fantasien wie diese stehen im Fokus dieses Beitrags, der diskutiert, welche Rolle Zukunftsnarrative für rechte Bewegungen spielen und welche Position der Osten Deutschlands dabei einnimmt. Prinzipiell ist die Frage, welche Geschichte(n) über Ostdeutschland erzählt werden soll(en), politisiert und umstritten. Während etwa die höheren Wahlergebnisse der AfD im Osten von vielen Beobachter:innen als Bestätigung des seit den 1990er Jahren zirkulierenden Narrativs des ‚Braunen Osten‘ gelesen werden (Einleitung dieses Bandes; Hentschel 2018, 222-223), werden sie aus rechter Perspektive zum Teil als Symptome einer aufstrebenden Widerstandsbewegung gegen eine bevorstehende ‚Umvolkung‘ des ‚wahren deutschen Volkes‘ interpretiert (Pates/Leser 2021, 80-85; Leser u. a. 2019). Für viele rechte Akteur:innen wie beispielsweise Jürgen Elsässer spielt die Handlung des faschistischen Narrativs der ‚nationalen Wiedergeburt‘ im Osten Deutschlands. Ostdeutschland, so Matthias Quent (2019, 231), wird in solchen Erzählungen zur „Projektionsfläche“ zukunftsgerichteter Vorstellungen rechter Bewegungen. Während rechte Narrative der ‚Umvolkung‘ und der ‚nationalen Wiedergeburt‘ global zirkulieren (Davey/Ebner 2019), ist die Rolle des Ostens für rechte Bewegungen im deutschen Kontext eine Besonderheit.

Dieser Beitrag ordnet sich in eine lange Reihe an Versuchen ein, die aktuellen Wahlerfolge rechter Parteien in Ostdeutschland analytisch einzuordnen. Bislang halten monokausale Erklärungen für einen ‚Rechtsruck‘ im Osten einer genaueren empirischen Betrachtung kaum Stand (Dellenbaugh-Losse u. a. 2020). Zielführender bleibt die Untersuchung lokaler und situativer rechter Praktiken, insbesondere Praktiken des Framings lokaler Probleme und ihrer narrativen Einbettung (Leser/Pates 2022, 438). Denn auch Regionen werden auf politische Art und Weise *erzählt*. Solche lokalspezifischen Narrative können die Analysen rechter Topoi – im Fokus stehen meist Narrative der Krise (Kølvraa/Forchtner 2019; Moffitt 2015; Wodak 2021), der Erniedrigung (Homolar/Löffmann 2021) und des Widerstandes (Leser u. a. 2019; Volk 2020, 2022b) – ergänzen und erweitern.

Die Geschichte Ostdeutschlands, argumentiert Anselma Gallinat (2017), ist nicht fixiert, sondern Teil einer kontinuierlichen *memory work*. Ayhan Kaya (2020, 2021) argumentiert in diesem Zusammenhang, dass die Verwendungsweisen der Vergangenheit (*the uses of the past*) zum Erfolg rechter Parteien wie der AfD in dieser Region beitragen: Gut dokumentiert sind narrative Praktiken der Relativierung des Holocaust und der Dämonisierung der DDR-Diktatur (etwa Schneider 1997; Wippermann 2009; Caramani/Manucci 2019; Valencia-García 2020, 7). Darüber hinaus werden ‚die Ostdeutschen‘ von rechten Akteur:innen als besonders widerständig und protestfreudig dargestellt, wobei sie sich Erinnerungen an Widerstandsbewegungen in NS-Zeiten, aber auch an die ‚Friedliche Revolution‘ von 1989 aneignen (Hentschel 2018; Thiele 2021; Weisskircher 2021; Volk 2020, 2022a). Die Vergangenheit Ostdeutschlands wird für rechte Bewegungen (wie PEGIDA) und Parteien (wie die AfD) auf diese Weise zum Vehikel ihrer Mobilisierungsstrategien. Louie Dean Valencia-García bezeichnet solche aneignenden, alternativen (Neu-)Erzählungen nationaler Geschichte als *Alt/Histories*: das heißt Erzählungen, die durch Praktiken der Verzerrung und Dekontextualisierung rechten Bewegungen dazu dienen, Ideologien zu legitimieren und offizielle politische Narrative zu verändern (Valencia-García 2020, 9).

In Anlehnung an die Konzeptionalisierung von *Alt/Histories* erarbeitet dieser Beitrag das äquivalente Konzept der *Alt/Futures*, um hervorzuheben, dass nicht nur verzerrende und dekontextualisierte Bezüge zur Vergangenheit, sondern auch zur Zukunft für gegenwärtige rechte Bewegungen von Bedeutung sind. Die Konzeption von *Alt/Futures* lenkt den analytischen Blick auf die von rechten Bewegungen entworfenen Zukünfte, die auf den imaginierten, zum Teil ahistorischen und verzerrenden *Alt/Histories* basieren und in hoffnungsvoller Erwartung auf die (Re)Konstitution einer ‚besseren‘ Nation abzielen. Im

analytischen Fokus auf dystopische und krisenhafte Narrative rechter Bewegungen kann übersehen werden, dass sie auch utopische Visionen einer ethnisch ‚reineren‘ und homogeneren Zukunft entwickeln, die Hoffnung machen sollen (Göpffarth 2021). Hoffnung, so argumentieren Rebecca Bryant und Daniel M. Knight, ist sowohl ein wesentlicher zeitlicher als auch politisch-mobilisierender Affekt: „a form of futural momentum, a way of pressing into the future that attempts to pull certain potentialities into actuality“ (Bryant/Knight 2019, 134). Im Gegensatz zu den gängigen Vorstellungen von rechter Politik sind es nicht nur negative Gefühle wie Wut, Angst und Hass, die ihre Bewegungen und ihren Aktivismus antreiben (Leser/Spissinger 2020). Florian Spissinger (2024, 94) argumentiert, dass ein genauere Blick in rechte Zukunftsvorstellungen zeigt, dass auch Hoffnung auf eine ‚bessere‘ Nation ein wesentlicher affektiver Antriebsfaktor für rechte Aktivist:innen, Politiker:innen und Anhänger:innen ist. Hoffnung steht im affektiven Zentrum ostdeutscher *Alt/Futures* und fungiert als zentrale politische Ressource für rechte Bewegungen in dieser Region, so argumentiere ich in diesem Beitrag. Darüber hinaus zeigt das Fallbeispiel rechter Zukunftsnarrative für Ostdeutschland, dass die Inszenierung von *Alt/Futures* im Rückgriff auf *Alt/Histories* funktioniert (Kenny 2017, 269). Julian Göpffarth (2021) zeigt beispielsweise am Fall des neurechten Intellektuellenmilieus in Dresden, wie individuelle und gesellschaftliche Erinnerungen an die sozialistische DDR-Vergangenheit genutzt werden, um Hoffnung auf eine nativistische Zukunft Ostdeutschlands zu machen.

Dieser Beitrag erweitert diese Diskussion um einen ethnografischen Einblick in den Wahlkampf der AfD in den ostdeutschen Bundesländern 2019.² Im Vorfeld dieser Landtagswahlen habe ich in den Jahren 2018 und 2019 Wahlkampfveranstaltungen, Demonstrationen, Stammtische und ‚Bürgerabende‘ besucht und beobachtet, die von der AfD und anderen rechten Parteien (damals: Blaue Partei unter Frauke Petry und ADP, Aufbruch deutscher Patrioten, unter André Poggenburg – beide mittlerweile aufgelöst) in Sachsen, Thüringen und Brandenburg organisiert wurden. Bei den meisten dieser Veranstaltungen war ich vor Ort anwesend; nur in Fällen, in denen eine Teilnahme in Präsenz nicht möglich war (etwa beim parteiinternen Kyffhäuser-Treffen 2019, siehe unten), wurde auf Video-Aufnahmen zurückgegriffen, die die Partei auf ihrem YouTube-Kanal zur Verfügung stellt. Der analytische Fokus bei diesen Feldforschungen lag auf den affektiven Dynamiken rechter Politik (Leser/Spissinger 2020; Pates/Leser 2021; Leser/Pates 2022) sowie auf den methodologischen Herausforderungen, die das ethnografische Forschen in rechten Kontexten begleiten (Spissinger/Leser 2021a; Spissinger/Leser 2021b).

Im ersten Teil dieses Beitrags illustriere ich, welche Zukunft Politiker:innen der AfD dem Osten Deutschlands zuweisen. Im zweiten Teil frage ich nach der Funktion von Hoffnung in ihren Wahlkampfbestrebungen und diskutiere im dritten Teil, wo die Grenzen dieser Zukunftsnarrative für den Erfolg der AfD liegen könnten.

Alt/Futures: Der widerständige Osten

Es ist der 6. Juli 2019. Kurz vor den Landtagswahlen mehrerer ostdeutscher Bundesländer treffen sich AfD-Mitglieder in Leinefelde zum jährlichen Kyffhäuser-Treffen des völkisch-nationalistischen Flügels. Die Wahl des Ortes allein ist eine „geschichtspolitisch mehrdeutige Geste“ (Dümling 2021, 109). Das Denkmal erinnert an die Legende Barbarossas: Wenn er wieder erwacht, dann wird, der Sage nach, auch ‚des Reiches Herrlichkeit‘ wiederkommen. Der Historiker Sebastian Dümling erkennt in diesem Denkmal „einen Supersignifikanten, der eine Vielzahl unterschiedlicher Ideen, Bilder und Bedeutungen referenziert, die in der

Neuen Rechten zirkulieren“ (ebd., 110). Diese Referenzen verweisen auf unterschiedliche Zeitlichkeiten: in die Vergangenheit, zum Beispiel auf die Geschichte ‚deutscher Reiche‘, aber auch in die Zukunft – in der Hoffnung, dass Deutschland als Nation wieder so *glorreich* werde, wie es einmal war.

Auch an diesem sommerlichen Julitag 2019 sind die Reden an die AfD-Anhänger:innen bedeutungsschwer von solchen narrativen Anspielungen. In der Rede des thüringischen Landesvorsitzenden, Björn Höcke, geht es heute jedoch nicht nur um die Beschwörung der Auferstehungskraft des deutschen Reiches – in der Figur von Barbarossa –, sondern um die des Ostens. Er betritt die Bühne und stellt sich an ein Podium, über dem ein Transparent mit der Aufschrift „Der Osten steht auf“ angebracht ist, und adressiert zuerst – mit „unge-
meinem Stolz“, sagt er – die Thüringer: „Dieser Freistaat Thüringen – das grüne Herz Deutschlands – hat alle Voraussetzungen, um ein AfD-Kernland zu werden.“³

Die Thüringer, so Höcke, hätten ein besonders „positives“ Verhältnis zu ihrer Heimat, und es sei darüber hinaus das „Angstbundesland der Grünen“, die bei Landtagswahlen nicht wirklich Fuß fassen würden. Dennoch: „Der Klimahype hat die Deutschen erreicht“, sagt er, „und die Deutschen sind leider nicht nur ein obrigkeitsfolgsames Volk, sondern auch ein wenig mit einer hysterischen Ader ausgestattet“ und würden daher besonders empfindlich auf die grünen „Hypermoralisten“ und die „Klimahysterie“ reagieren, erklärt er. Die Deutschen müssten „aufwachen“. Die Ostdeutschen hätten immerhin die Diktatur der DDR erlebt und seien daher empfindlicher für diktatorische Entwicklungen. Sie hätten schon einmal ein ungerechtes System gestürzt und, seiner Ansicht zufolge, können und sollen sie es wieder tun. Höcke spricht von einer „Revolution“, die mit den anstehenden Landtagswahlen in Ostdeutschland beginnen und sich auf den Rest der Bundesrepublik ausweiten werde:

„Wir werden gemeinsam hier in wenigen Wochen in Brandenburg und in Sachsen und sechs Wochen später dann hier in Thüringen die politische Sonne über dem Osten wieder aufgehen lassen und wir werden dafür sorgen, dass diese politische Sonne bald über ganz Deutschland wieder scheint, dass der gesunde Menschenverstand wieder zur Herrschaft gelangt, dass ein natürlicher Patriotismus wieder Raum greifen kann, dass wir wieder eine lebendige, frohe Nation, ein lebendiges und frohes Volk sein werden, denn das ist es, was wir wollen!“

Björn Höcke präsentiert sich in dieser Rede als Prophet eines anderen, *alternativen*, zukünftigen Deutschlands. Innerhalb der AfD findet er Unterstützung im völkischen Flügel: Hier scheint es ihm gelungen zu sein, einen Raum zu schaffen, in dem seine völkisch-nationalistische Vision einer neuen deutschen Identität gedeihen kann. Dabei fungiert der Osten als Projektionsfläche.

AfD-Politiker:innen wie Höcke versuchen, den Osten als Region des nationalen Widerstands neu zu erfinden. Besonders deutlich wird dies zum Abschluss seiner Kyffhäuser-Rede von 2019, als Höcke an sein Publikum appelliert:

„Deutschland ist für mich heute eine Maulkorb-Demokratie, die leider auf dem besten Weg ist, zu einer Wohlfühl-Diktatur zu werden. Wir spüren das im Osten viel deutlicher als die Menschen im Westen, die immer noch morgens aufstehen, zur Arbeit gehen, ihren Dienst absolvieren und dann in die Freizeit fallen und nur noch abschalten wollen. Wir haben hier im Osten noch die persönlichen Erfahrungswerte mit einer totalitären Gesellschaft und wir stellen unsere Erfahrungen mit dieser totalitären Gesellschaft, die hier auf dem Gebiet der ehemaligen DDR ihr Unwesen getrieben hat, der im Westen

vorherrschenden Unkultur des Verbots und der Bevormundung entgegen. Ja, liebe Freunde, es fühlt sich wieder so an wie damals in der DDR. Aber das versprechen wir uns heute hier gemeinsam: Wir werden uns nie wieder in eine neue DDR führen lassen. Wir werden uns nicht beugen.“

In Leinefelde stehen die Zuschauer:innen an diesem Tag auf, applaudieren, schwenken Deutschlandfahnen und skandieren unisono: „Höcke! Höcke! Höcke!“ Zumindest hier unter den Parteimitgliedern der AfD findet der Versuch Höckes, eine kollektive Identität ‚der Ostdeutschen‘ – als von Natur aus widerständig und diktatursensibel – zu erfinden, offensichtlich Anklang.

Ähnliche rhetorische Ansätze finden sich bei den GIDA-Bewegungen wieder, wie unter anderem Sabine Volk (2020, 2022b) gezeigt hat. In den politischen Inszenierungen der PEGIDA-Demonstrationen in Dresden wird häufig die Überlegenheit des Ostens gegenüber dem Westen betont: Ostdeutsche hätten ein differenzierteres Gerechtigkeitsempfinden, würden Ungerechtigkeiten aufgrund eingeübter Diktaturerfahrungen leichter erkennen und sich eher dagegen wehren als Westdeutsche. Ein Vertreter der (mittlerweile verfassungsschutzrechtlich verbotenen) THÜGIDA-Bewegung sagte mir in einem Interview: „Thüringen und Sachsen ist so das Gallien, wenn man es mal so bezeichnen will, wo eben noch so ein bisschen Widerstand geleistet wird“ (Interview, THÜGIDA, 9. November 2018). Er erklärte, dass Deutschland einer „Gehirnwäsche“ unterzogen wurde und die Westdeutschen „umerzogen“ worden seien, um sie zu völlig passiven Mitläufer:innen zu machen. „Hier“ im Osten hingegen sei „das eben so ein bisschen noch in den Köpfen manifestiert, sich gegen Unrecht zu erheben“ (ebd.).

Auf Ostdeutschland als letzte ‚gallisch-widerständige‘ Bastion gegen eine ‚römisch-imperiale, invasive‘ Bedrohung nimmt wiederum auch Björn Höcke in seinem 2018 erschienenen Buch *Nie zweimal in denselben Fluss* Bezug:

„Ich erwähnte vorhin den möglichen Rückzug auf Länderebene, wo besonders im Osten noch großes Potential vorhanden ist, daß [sic] inhumane Projekt einer Migrationsgesellschaft zu stoppen. [...] Dann haben wir immer noch die strategische Option der „gallischen Dörfer“. Wenn alle Stricke reißen, ziehen wir uns wie einst die tapferfröhlichen Gallier in unsere ländlichen Refugien zurück und die neuen Römer, die in den verwahrlosten Städten residieren, können sich an den teutonischen Asterixen und Obelixen die Zähne ausbeißen! Wir Deutschen – zumindest die, die es noch sein wollen – sind dann zwar nur noch ein Volksstamm unter anderen. Die Re-Tribalisierung im Zuge des multikulturellen Umbaus wird aber so zu einer Auffangstellung und neuen Keimzelle des Volkes werden. Und eines Tages kann diese Auffangstellung eine Ausfallstellung werden, von der aus eine Rückeroberung ihren Ausgang nimmt.“ (Höcke/Hennig 2018, 253)

Für Höcke hat die ‚nationale Wiedergeburt‘ eine Zeit und einen Ort: Sie wird in der Zukunft Ostdeutschlands stattfinden. Er erzählt eine Geschichte von eingeübter Widerständigkeit im Osten und bereits ‚verlorener‘ Gebiete im Westen. Diese Narrative, auf die Höcke wiederholt in seinen Texten und Ansprachen referiert, sind keine neue Erfindung der AfD, sondern reichen bis ins 19. Jahrhundert zurück. Visionen des ‚großen Austauschs‘, des ‚nationalen Widerstands‘ und der ‚nationalen Wiedergeburt‘ sind steter Begleiter völkisch-nationalistischer politischer Projekte. Heute beobachten wir ein weltweites Erstarken dieser völkischen Erzählungen: „[T]hese concepts have come to dominate the ideology of extreme-right groups,

providing the ideological glue which ties together an increasingly cohesive, networked and transnational extreme-right“, wie Jacob Davey und Julia Ebner (2019, 4) argumentieren. Was in den hier zitierten Ausschnitten aus Reden des AfD-Politikers Björn Höcke deutlich wird, ist, dass rechte Narrative nicht nur dystopische Visionen der Zukunft heraufbeschwören, sondern dass das *Endgame* erfolgreicher rechter Politik auf den Eintritt der Utopie eines ‚weißen Ethnostaates‘ hoffen lassen soll – im Sinne eines souveränen Gebietes, in dem die Staatsbürgerschaft auf Mitglieder beschränkt ist, die das Kriterium des ‚Weiß-Seins‘ erfüllen (Nilan 2021, 105).

Aber warum sollte diese Utopie in Ostdeutschland realisiert werden? Warum spielt die Anrufung ‚der Ostdeutschen‘ in den politischen Inszenierungen von AfD, PEGIDA & Co. eine so zentrale Rolle? Warum fungiert gerade der Osten als Ort der imaginierten Realisierung eines ‚weißen Ethnostaates‘? Affektanalytisch ist es in diesem Zusammenhang naheliegend, den Fokus auf die Funktionen von Hoffnung zu legen, die mit dieser rechten Vision verbunden ist.

Die Nation als Produzentin von Hoffnung

Es ist der 18. März 2019. Ich besuche an diesem Abend eine öffentliche Wahlkampfveranstaltung der sächsischen Landesfraktion der AfD in der Bürgerstube Großpösna. Hier stehen Tische, Stühle und Bänke in gutbürgerlicher Optik. An den Wänden hängen Fahnen des lokalen Männergesangsvereins. Vereinzelt stehen Pokale. Die AfD-Leute haben einen Tisch für die Referenten und einen mit Info-Material der Partei aufgebaut, ein Beamer läuft. Auf einem großen Banner steht „Heimat Sachsen“ mit dem AfD-Logo. Hier versammeln sich knapp zwanzig Personen, vorwiegend Männer unterschiedlichen Alters, die an den im Raum verteilten Tischen sitzen. Pünktlich beginnt Jörg Dornau, stellvertretender Vorsitzender des AfD-Kreisverbands Leipzig Land, und begrüßt zunächst Jörg Urban, Landesvorsitzender der AfD Sachsen, als Gast.

Jörg Urban stellt sich zentral im Raum auf, vor dem Beamer, und begrüßt das Publikum. Er wolle an diesem Abend die AfD vorstellen, als Partei, und ein paar Landesthemen anreißen, erklärt er. Im Anschluss wolle er mit dem hier anwesenden Publikum ins Gespräch kommen, vor allem, was die Möglichkeiten zur Kommunalwahl betreffe, „in Sachsen etwas zu verändern“.

Eine seiner Folien trägt den Titel „Ländlicher Raum“ – laut Urban: „die große Baustelle in Sachsen.“ Er erklärt:

„Die ländlichen Räume wurden über Jahrzehnte vernachlässigt zugunsten der großen Städte; man hat zugelassen, dass immer mehr Jugendliche wegziehen, weil es dort keine Arbeit mehr gibt. Wir haben hohe Altersdurchschnitte mit einer wachsenden Tendenz. Durch das Wegziehen der Menschen und der Jobs ist auch die Infrastruktur zurückgegangen. Wo kein Geld ist und keine Kaufkraft, machen Gaststätten und Geschäfte zu. Bahn und Bus fahren nicht mehr so oft. Da kann man politisch lange zuschauen, das Ergebnis haben wir jetzt: einen extrem schlechten ÖPNV in Sachsen, wenig junge Leute, kaum Jobs, fehlende Betriebe, kein 5G.“

Im Anschluss an den kurzen Vortrag fragt Dornau das anwesende Publikum, welche kommunalpolitischen Themen sie interessieren würden. Ein älterer Mann – ein Rentner, wie mir im Verlauf seiner Ausführungen deutlich werden wird, – meldet sich zu Wort:

„Wichtig sind doch die ganzen sozialen Fragen! Überall, wo Du hingehst, das ist doch alles verrottet! Man muss ja nur mal auf die Straße schauen, wie es da aussieht. Die Bahnhöfe... Das haut doch alles nicht hin. Und die erzählen uns sonst was... Alles ist am Boden! Und die sagen, wir sind ein reiches Land; Deutschland hat die meisten Schulden in Europa! Und die Parteien, die sind ja auch nicht in der Lage, auf die sachlichen Argumente der AfD zu antworten! Die gucken weg!“

Dornau und Urban versuchen, dem Redeschwall des Rentners geduldig zuzuhören, sie nicken ab und zu zustimmend und sagen „ja“ – der Rentner redet sich in Rage, im tiefsten Sächsisch, den Rest verstehe ich kaum noch, aber Urban schreitet auch schon ein: „Sie haben jetzt etwas sehr Gutes gesagt: viele Probleme hintereinander“ – der Rentner, endlich still, zuckt die Schulter und sagt „ach!“, als hätte er ein Kompliment bekommen, mit dem er nicht umgehen kann, – „wenn wir das jetzt weiterführen würden mit jedem Einzelnen...“. Urban spricht langsam, macht lange, bedeutungsvolle Pausen; er steht aufrecht und überzeugt in der Mitte des Raumes in seinem äußerst professionell wirkenden Aufzug und schaut nacheinander jede:n im Publikum direkt an – „... dann könnten wir bis morgen früh diskutieren. Das zeigt doch mal auf, wie viel in diesem Land verkehrt läuft!“ – „Ja“, tönt es wie aus einem Mund aus dem Publikum zurück und Urban wiederholt, diesmal eindrücklich betonend: „Wie viel in diesem Land verkehrt läuft!“ – und der Rentner, etwas stiller: „Ja, genauso ist es.“ Urban geht weiter:

„Sie kennen das Programm der AfD, das hat 80 Seiten. Das ist die Kurzform des Programms. Unser Originalprogramm hat 200 Seiten. Und auf die ganzen... ja, nicht auf die ganzen, aber auf viele, viele Probleme, die Sie ansprechen, die wir alle bis morgen früh hier ansprechen könnten, stehen hier drin die Lösungen.“

Urban hält das Wahlprogramm dem Publikum vor die Nasen. Wie eine Bibel. „Und umsetzen können wir das, wenn wir entsprechend gewählt werden.“

Ein Mann – etwa 40 Jahre, schätze ich –, der ganz hinten an einem der Tische sitzt, meldet sich zu Wort und spricht ein anderes Thema an:

„Ich muss mal was sagen. Meine Mutter ist im Pflegeheim. Die haben voriges Jahr die Pflegesätze um 500 Euro erhöht. Sie hat 1.700 Euro Rente, auf einmal musste sie 1.500 Euro für das Pflegeheim zahlen. Das haben wir gerade so hingekriegt. Mein Onkel, der ist auch im Pflegeheim, das haben wir gerade so... Vorige Woche krieg' ich schon wieder Post! Weil ich für die verantwortlich bin. Hundertsechzig Euro schon wieder mehr! Jetzt geht's so weit [seine Stimme wird brüchig], dass sich alle beide beim Sozialamt melden sollen. Obwohl die 40, 45 Jahre eingezahlt haben! Wo soll denn das hinführen? Wer soll das noch bezahlen? Ich kann jetzt... der Vater hat kein Geld mehr! Ich kann jetzt Sozialhilfe beantragen!“

Es ist ernüchternd, zuzuhören. Der Mann ist vollkommen verzweifelt; den Tränen nahe. Urban versucht sich an einer Reaktion: „Ja, ich kenne das Problem.“ – und führt die Problematik weiter aus:

„Wir sind nicht so arm, weil wenn ich sehe, wie viele Milliarden Euro wir in der Welt verteilen an verschiedenste Organisationen, wie viel Geld wir nach Griechenland pumpen, was am Ende nur in die Rettung von Privatbanken fließt, da ist genügend

Geld da, auch Steuergeld, um das in die Pflege reinzugeben. Die Leute, die wir in der Pflege haben, das sind die Leute, die die letzten Jahrzehnte hart gearbeitet haben, die das Land zu dem gemacht haben, was es ist.“

Der Mann sagt: „Richtig. Dass man die im Alter einfach nicht hängen lässt — das darf nicht sein!“

Die Diskussion mit den Anwesenden dauert ungefähr eine Stunde und die sich an diesem Abend einstellende Dynamik der Debatte ähnelt zahlreichen anderen AfD-Wahlkampfveranstaltungen, die in diesem Zeitraum in einer Vielzahl ostdeutscher Kleinstädte und Dörfer abgehalten werden. Überall bietet die AfD mit ihren ‚Bürgerabenden‘ einen Raum für die lokale Bevölkerung, sich einmal richtig auszulassen über die zahlreichen strukturellen Probleme, die gerade in vielen Regionen Ostdeutschlands zentraler Teil der gelebten Realität sind. In der Wahrnehmung der an diesem Abend Anwesenden bietet die AfD *dort* einen Raum, wo andere gesellschaftliche, politische oder soziokulturelle Organisationen *keinen* Raum mehr anbieten (Dellenbaugh-Losse u. a. 2020, 71-77). Die AfD-Politiker:innen inszenieren sich in diesen hergestellten Räumen als Hoffnungsgebende: Alles könne besser werden, so wiederholt Urban an diesem Abend immer wieder, wenn die Menschen die AfD wählen würden oder, besser noch, sich angesichts des Personalmangels in der AfD bereit erklären würden, sich aktiv in der Kommunalpolitik für die AfD zu engagieren und beispielsweise Flyer mit den Slogans „Vollende die Wende!“ oder „Wende 2.0“ im eigenen Dorf zu verteilen. Es scheint zur Strategie zu gehören, Hoffnung auf eine bessere Zukunft anzubieten in Regionen, in denen alle Hoffnung verloren scheint.

In einem Interview im thüringischen Suhl erklärt beispielsweise ein Mann, der den Angeboten der AfD nicht abgeneigt ist, in Suhl sei

„alles weg. Das war früher mal eine Arbeiterstadt, auch Zella-Mehlis. Jetzt steht nichts mehr, alles weg. Und unsere jungen Leute sind alle weg, sind alle nach drüben, oder ins Ausland. Arbeit, unsere Lehrlinge, alles nach drüben. Hier haben sie ja nichts mehr. Was haben wir hier denn noch? Ich will das nicht sagen. Mehr haben wir jetzt nicht mehr, alte Leute und Gangster. Mehr ist doch hier nicht mehr. Wenn man schon sieht, was unten in der Stadt los ist, was da für Leute stehen, trinken. Was haben sie denn davon? Das ist eben so. Die jungen Leute... Jeder Zweite — die fahren jetzt mit dem Rollator umher, weil sie nicht mehr laufen können, weil sie hin sind. Drogen, dann Saufen, mehr ist doch nicht mehr. Die vernünftigen Leute sind alle weg. Hier bauen sie ein Altersheim nach dem anderen. Da gibt es nur noch alte Leute. Eine Oma von 80 Jahren haben sie vor ein paar Wochen zusammengedroschen, nur wegen 20 Euro. Da traut sich doch keiner mehr in der Nacht raus. Es sei denn, es ist mal eine Veranstaltung irgendwo, dann gehen sie in Gruppen dann dahin. Einzeln traut sich doch keiner mehr raus. Die Polizei, die macht auch nichts. Das ist immer so. Das kann man eben nicht ändern. Man muss eben mit der Zeit gehen. Bis jetzt geht es uns gut. Wer Arbeit hat, der kann schon zufrieden sein.“ (Interview Kulturverein, Suhl, 17. November 2018)

Gespräche wie diese geben einen Einblick in die Perspektiven von Personen auf ihre Heimatorte, die in den Zusammenhang von ökonomischen und sozialen Transformationsprozessen in Ostdeutschland und Geschichten des Verlustes gesetzt werden. In diesem Interviewzitat geht es um den Verlust des Status der „Arbeiterstadt“, den Verlust der „jungen Leute“ — in den Westen, ins Ausland — und den Verlust der „vernünftigen Leute“. Das, was dann noch bleibt, ist für den Gesprächspartner eingefärbt von Hoffnungslosigkeit und Verfall: Er sieht und redet von Schicksalen der Ausweglosigkeit, von Flucht in Drogen und Alkohol, von

zunehmender Kriminalität und lauern den Gefahren. Das Einzige, über das man noch froh sein könne, sei es, Arbeit zu haben. Geschichten wie diese, die von Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung affektiv eingefärbt sind, werden bei den von der AfD organisierten ‚Bürgerabenden‘ eingebracht und politisch aufgefangen.

Angesichts schrumpfender Städte, Abwanderungsbewegungen ganzer Generationen und des Wegfalls von Industrie und Arbeitsplätzen erscheint es naheliegend, dass politische Projekte, die Hoffnung auf Besserung versprechen, gut ankommen. Es ist die These von Ghassan Hage, dass gerade die Hoffnungslosen, die ökonomisch und sozial marginalisierten auf gewisse Art anfälliger seien für völkisch-nationalistische Versprechungen: Hage spricht von den „neuen Marginalisierten“, die an den Zustand der Marginalität und Hoffnungslosigkeit nicht gewöhnt seien und dementsprechend Ängste auf all das projizieren, was als fremd eingestuft wird (Hage 2003, 21). Eingefangen werden solche Ängste von rechten Angeboten und Versprechen einer „guten Nation“ (ebd.), auf die die Hoffnung auf eine bessere Zukunft gerichtet werden kann. Hoffnung ist zentraler affektiver Bestandteil aller politischen Bewegungen, unabhängig davon, wo im politischen Spektrum diese angesiedelt sind. Hoffnung steht im Zentrum politischer Projekte, die versprechen, Menschen vor Ausbeutung, Unterdrückung und Enteignung zu befreien (Bryant/Knight 2019, 141). Doch auch in rechten Projekten spielt das Versprechen auf eine bessere Zukunft eine zentrale Rolle: Die Nation ist dabei in affektanalytischer Perspektive eine beispiellose Hoffnungsproduzentin.

Bei den ‚Bürgerabenden‘ der AfD fällt mir immer wieder auf, dass die AfD-Politiker:innen auf durch das Publikum eingebrachte Geschichten von Verlust, Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung stets auf spezifische Weise reagieren und diese Geschichten in eine bestimmte Richtung lenken. Es geht in den Diskussionen dieser Probleme weniger darum, konkrete politische Lösungsvorschläge zu besprechen, sondern eher darum, diesen Geschichten einen Raum zu geben und sie affektiv in zeitliche Zusammenhänge einzuordnen. Diese Einordnung geht einher mit der Betonung bestimmter Bedeutungszusammenhänge und dem Ausklammern anderer. Felix Ringel erklärt den Wahlerfolg der AfD am Beispiel Hoyerswerda mithilfe dieser Technik der narrativen Rationalisierung: Der AfD-Wahlkampf 2019 adressierte zukünftige existentielle Bedrohungen – den ‚Untergang der Nation‘ –, betonte dabei den Einfluss von Migration, aber nicht der kapitalistischen Wirtschaft, in der zahlreiche der den Osten betreffenden strukturellen Probleme ihren Ursprung haben (Ringel 2021, 1760-1761). Anstatt konstruktive Lösungen für die gegenwärtigen Probleme zu finden, erläutert Ringel, gelinge es der AfD vielmehr, überzeugende zeitliche Rahmungen für Erzählungen über die Region anzubieten, die affektiv von dystopischen Visionen und hoffnungsgebenden Angeboten gefärbt seien (ebd., 1762). Zusätzlich aktiviere die AfD erfolgreich die sozialistische Vergangenheit für ihre Zwecke: Ihre Wahlslogans in den ostdeutschen Landtagswahlen 2019 wie „Wende 2.0“ oder „Der Osten steht auf“, beschwören laut Ringel den Geist der friedlichen Revolution gegen den Staatssozialismus von 1989 als Antreiber für eine erneute Revolution, diesmal unter der Führung der AfD, um die unterstellte verlorene Kontrolle über das Land zurückzugewinnen: „Hol Dir Dein Land zurück!“, wie auf einem der AfD-Wahlplakate 2019 zu lesen war (Ringel 2021, 1762-1762; Schmalenberger 2022; Volk 2022a).

Diese Beschwörungsweisen der Vergangenheit werden auch deutlich in meiner Beobachtung des AfD-Abends in Großpösna im März 2019. Zum Ende der Diskussion an diesem Abend meldet sich ein weiterer Rentner zu Wort:

„Ich zum Beispiel bin Jahrgang 1946. Ich kenne die DDR von A bis Z. Damals durftest du nichts sagen. Heutzutage ist es so, wenn du was sagst, bist du sofort ein Rechter. Das ist ein absoluter Quatsch. Wir werden in eine Ecke gestellt, wo wir nicht hingehören. Wir

haben dieselben Verhältnisse wie damals zu DDR-Zeiten. Und das muss ausnahmslos den Leuten klargemacht werden! Wir sind keine Rechten, sondern wir vertreten eine Politik, die im Interesse der Bevölkerung ist! Darum geht's!"

Worum es ihm geht, ist die Beschwörung der sozialistischen Vergangenheit, die als repressives Regime geframt und mit der aktuellen politischen Lage in einen Bedeutungszusammenhang gestellt wird. In dieser Einordnung durfte ‚man‘ damals wie heute ‚nichts sagen‘, ohne politisch diffamiert bzw. ‚als Rechter‘ beschimpft zu werden. In dieser Interpretation schwingt eine Aufwertung der eigenen Identität als widerständig und kämpferisch mit: Dabei wird ein kollektives ‚Wir‘ geschaffen, das sich aufgrund geteilter Erfahrungswerte nicht wieder unterdrücken lassen werde, sondern „eine Politik“ vertrete, „die im Interesse der Bevölkerung“ sei.

Jörg Urban fängt dieses Framing als Vertreter der AfD an diesem Abend auf und sagt:

„Ich denke, dass wir gerade eine Renaissance erleben, wo die Leute wieder anfangen, politisch zu reden. [...] Ja, lassen Sie uns mal nicht so pessimistisch sein. Bei der Bundestagswahl haben uns 27 Prozent gewählt; in aktuellen Umfragen stehen wir bei 25 Prozent. Wir sind bei den Wahlen *immer* besser gewesen als bei den Umfragen. Unsere westdeutschen Kollegen, *die* tun mir leid! Die haben ein Umfeld, wo alle im Prinzip verblödet sind – über Jahrzehnte! Also bei uns, die Leute, die glauben eben nicht, was in der Zeitung steht. Da haben vor 30 Jahren zumindest viele Ältere noch erlebt, dass da nur gelogen wird. Also wir kennen das ein bisschen. Und drüben ist das ganz anders. Und selbst die Kollegen drüben, die schlagen sich durch, weil sie nicht zuschauen wollen, wie das Land den Bach runtergeht. Wir haben eigentlich für die AfD in Sachsen paradiesische Verhältnisse im Vergleich zu Westdeutschland. Ein Viertel der Menschen hier will uns schon! Also, da kann man auch mal ein bisschen mutig sein!“

Urban versucht, den zahlreichen pessimistischen und von Hoffnungslosigkeit gefärbten Statements der Diskussionsteilnehmenden an diesem Abend die Hoffnung auf „Renaissance“ entgegenzusetzen und gleichzeitig zu betonen, dass ‚die Ostdeutschen‘ schon viel weiter auf dem Weg in die ‚richtige‘ Richtung seien. Er spricht die Anwesenden direkt als ‚Ostdeutsche‘ an und versucht, sie über den Vergleich mit Westdeutschland in dieser Identität aufzuwerten (Spissinger u. a. 2024, 341). Als Ostdeutsche seien sie diejenigen, die auf die Erfahrungen eines repressiven Systems und der Revolte dagegen zurückgreifen könnten, um eine erneute Revolution bei den Landtagswahlen 2019 anzustoßen und die AfD zu wählen, die sich als Treiber der „Wende 2.0“ inszeniert. Es gibt laut Urban in Ostdeutschland keinen Grund, „pessimistisch zu sein“, sondern für Hoffnung auf „paradiesische Verhältnisse im Vergleich zu Westdeutschland“. In seinen narrativen Angeboten sind ‚die Ostdeutschen‘ qua ihrer Erfahrung intrinsisch widerständig und revolutionsbegabt. Im Effekt lenkt der AfD-Vertreter nicht nur die in der Diskussion vorgebrachten Klagen über soziale Unsicherheiten, strukturellen Verfall und Verlusterfahrungen seit der Wende in die Bahn eines bestimmten zeitlichen und ordnungsgebenden rechten Narrativs, sondern er lenkt auch ab von den eigentlichen ökonomischen, politischen und sozialen Ursachen dieser beklagten Zustände. Das affektive Narrativ der AfD ist ein Ablenkungsmanöver.

Bei einem ähnlichen AfD-Event wenige Monate später, Mitte August 2019 in Grimma, wird der Gastgeber dieses Abends, Jörg Dornau, im Spalier von Björn Höcke erneut auftreten und sich an das Publikum im lokalen Rathaus wenden: Hoffnung schöpfe er wieder seit 2015, sagt Dornau, seitdem die Leute in Dresden wieder auf die Straße gehen. Das seien keine

Rechten, „das sind Leute, die sich über die Zukunft dieses Landes Gedanken machen“. Sein AfD-Kollege Jens Maier ergänzt: „Für das, wie es heute ist, bin ich 1989 eigentlich nicht auf die Straße gegangen. Wir sind eigentlich wieder da angekommen, wo wir damals angefangen haben. Das kann nicht sein. Wir müssen die Wende vollenden!“ Und schließlich adressiert Björn Höcke die Anwesenden, die seinen Auftritt mit stehenden Ovationen zelebrieren, mit den Worten: „Wir als AfD haben mit diesem kranken Selbsthass nichts am Hut! Wir wollen Deutschland nicht überwinden! Wir wollen das deutsche Volk nicht abschaffen! Wir wollen seine Kultur nicht globalisieren! Wir wollen eine Zukunft für dieses Land!“

Die Zukunft – mal diffuser, mal enger definiert als weißer Ethnostaat im Gewand eines widerständigen gallischen Dorfes – dient der AfD als Ressource, um ihr politisches Projekt in Ostdeutschland zu legitimieren und Wähler:innen zu mobilisieren. Dieses affektive Angebot des hoffnungsvollen Versprechens ist als Teil einer umfassenden Strategie zu sehen, ein narratives Geflecht von Zeitlichkeit, Räumlichkeit und affektivem *attachment* herzustellen, das darauf abzielt, die ‚Hoffnungslosen im Osten‘ abzuholen, sie zum Wählen und zum Protest auf die Straßen zu bringen. Diese Strategie ist im Grunde ein Mechanismus der Vermittlung einer lokalen Krise – zum Teil erlebt in Form des strukturellen Verfalls öffentlicher, wirtschaftlicher und sozialer Infrastrukturen seit der Wendezeit, der bis heute in zahlreichen Regionen Ostdeutschlands anhält, – durch emotionale und imaginativ aufgeladene Erzählungen der ostdeutschen Vergangenheit und der potenziellen Zukunft der Region. Es ist vorstellbar, dass diese Strategie funktionieren kann – allerdings ist sie bei Weitem kein Automatismus und geht trotz teilweiser Begeisterung einiger AfD-Befürworter:innen oft nicht über leere Phrasen hinaus. Denn es ist eine Sache, dieses Narrativ zu inszenieren, aber eine andere, seine Vermittlung in ein produktives politisches Projekt zu überführen, wie ich abschließend illustrieren werde.

Die Grenzen der Hoffnung

Es ist der 1. Mai 2019. Die AfD hat zum Protest unter dem Banner „Blauer Frühling“ in Erfurt aufgerufen – in jener Stadt also, in der Björn Höcke im Jahr 2015 die „Erfurter Resolution“ auf den Weg brachte und den Flügel als völkisch-nationalistische Alternative zur moderaten AfD-Mitte ins Leben rief.⁴ In seiner Rede im Jahr 2015 beschwor Höcke den Mythos von Barbarossa und erklärte:

„Innere Kraft aus Mythen zu schöpfen, ist in Wendezeiten immer hilfreich gewesen. Und wir leben zweifellos wieder in einer Wendezeit. Wir haben die Aufgabe, uns unsere großartige Geschichte wieder *neu* anzueignen. Ob uns das gelingt, wieder ein neues Gefühl, einen neuen Mythos für unser Volk zu erschließen, das wird darauf ankommen, ob wir als AfD diesen *neuen* Geist in die politische Diskussion einspeisen und durchsetzen können.“⁵

Welche Art von „Geist“ Höcke meint, ist in den ersten Teilen dieses Beitrags bereits deutlich geworden: Es geht ihm darum, die ‚Größe‘ der deutschen Nation wiederherzustellen. Sein Blick richtet sich in die Zukunft: „Ich will, dass wir unser gesenktes Haupt anheben. Ich will, dass wir mit einem klaren und offenen Blick und mit geradem Rückgrat in die Zukunft gehen, und dazu müssen wir unsere Thymos-Spannung erhöhen.“ Den Begriff Thymos, der im Altgriechischen so viel wie Lebenskraft bedeutet, verwendet Höcke hier im Sinne von Mut und Zorn.

Diese von Höcke geforderte „Thymos-Spannung“ entlädt sich nun vier Jahre nach seiner Resolutionsrede zu Beginn der 1.Mai-Demonstration 2019, die ich teilnehmend-beobachtend begleite. Als die etwa 1.000 angemeldeten Teilnehmer:innen ihren Aufzug beginnen, schreien sie: „Wir sind das Volk!“, mit Betonung auf „Wir“ – es ist ein sehr lauter, für mich überaus beängstigender Männerchor. „Das System ist am Ende! Wir sind die Wende!“, „Merkel muss weg! Höcke muss her!“, schreien sie, als sich der Zug langsam in Bewegung setzt. Die Rufe schallen lauter und werden verstärkt, als die Menge unter einer Brücke durchläuft – die Atmosphäre sorgt bei mir für Gänsehaut.

Die Demonstration wird von einem riesigen Polizeiaufgebot begleitet und immer wieder durch Gegendemonstrationen unterbrochen und zum Stillstand gebracht. Wasserwerfer, Blaulicht, Sirenen, Hubschrauber in der Luft. In der Masse dieser Menschen erkenne ich Deutschlandfahnen, AfD-T-Shirts und -Plakate, aber auch Pullover mit Aufschriften wie „Defend Europe“, „Pro Violence“, „Deutschland, Stolz und Ehre“ oder „Chemnitz“ in Frakturschrift, adrett gekleidete junge Männer, die sich über Kampfsportaktivitäten unterhalten, aber überwiegend ältere Männer, die sich die Nationalflaggen über den Rücken binden oder in Form eines Käppis auf dem Kopf tragen. Die Atmosphäre unter den Demonstrant:innen erscheint sehr gelöst und selbstaffirmativ; viele der Gespräche drehen sich darum, wie „kaputt“ Deutschland sei – die Hoffnung auf Besserung wird in die AfD gesetzt.

Am Ende der Demonstrationsroute an der Thüringenhalle hat die AfD eine Bühne aufgebaut, auf der Björn Höcke eine Ansprache hält. Er appelliert an die „fleißigen Arbeiter“, die den „Wohlstand unseres Landes“ erarbeiten, der natürlich „beim eigenen Volk“ bleiben sollte. Er verweist auf das nahende Jubiläum der Wende und kritisiert die Treuhand, die er „Langfinger“ nennt. Die Ostdeutschen, sagt er, „wurden Opfer eines ökonomischen Feldzuges gegen das eigene Volk“, und das führte zur „Verelendung und Heimatzerstörung hier bei uns“. Der Applaus hält sich in Grenzen. „Wir im Osten“, versucht es Höcke weiter, „haben ein Recht darauf zu erfahren, wer uns damals über den Tisch gezogen hat“. Das Publikum weiß nicht recht, so scheint es mir, was es damit anfangen soll. Begeisterung bleibt aus, nur vereinzelt klatschen Leute. „Wenn wir im Osten im Herbst gewinnen, dann werden wir reinen Tisch machen, das versprech' ich Euch“. Er wettet weiter gegen die „Altparteien“ und die EU, die „neofeudal“ und „neoliberal“ seien und schließt mit den Worten: „Dieses Land braucht einen Aufstand der Fleißigen!“ Wieder mäßiger Applaus und auch Alexander Gauland, der im Anschluss eine einschläfernde Polemik gegen die SPD abliefern, vermag es nicht, das Publikum mitzureißen.

Es scheint, als würde sich das heute aufziehende ‚Volk‘ weder für Neoliberalismus- und SPD-Kritik noch für Treuhand-Aufarbeitungspläne begeistern. Es entlädt seine affektive Energie zwar beim Schreien altbekannter Phrasen; es bringt den von Höcke verlangten „Thymos“ also mit zur Demonstration, aber es lässt sich durch die Ansprachen beider Parteivertreter heute nicht mitreißen.

Wie ich im letzten Teil argumentiert habe, versucht die AfD zwar, hoffnungsvolle Zukunftsnarrative anzubieten und diese in einen regionalen Bedeutungszusammenhang zu setzen, das heißt, ‚die Ostdeutschen‘ als prädestinierte Antreiber einer erneuten Revolte unter der AfD für eine ‚bessere‘ Nation in ihrer Identität aufzuwerten. Was ich bei der Demonstration am 1. Mai 2019 in der fehlenden Resonanz des Publikums auf die Reden Höckes und Gaulands jedoch erkenne, ist, dass ihre Appelle nicht den Kern der Erwartungen treffen. Ich frage mich, wer die Leute sind, die dem Aufruf der AfD zu dieser Demonstration gefolgt sind, was sie erwarten und nach welchen politischen Lösungen sie hier suchen. Geht es ihnen um die Aufarbeitung struktureller Vernachlässigungen in Ostdeutschland seit der Wende? Oder sind es doch eher überzeugte Nationalist:innen, die sich an diesem Tag einfach mal gut in

ihrer Haut und akzeptiert in ihrer Meinung fühlen möchten? Wer ist an diesem Tag zum Protest gekommen und wer ist zuhause geblieben?

Felix Ringel argumentiert, dass die AfD zwar fast meisterhaft in der Lage ist, Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu machen und damit Wähler:innen potenziell zu mobilisieren. Er teilt jedoch auch die Beobachtung, die ich auf der Demonstration am 1. Mai 2019 mache: Die AfD bietet keine Inhalte, die über die Anziehungskraft ihrer cleveren Slogans und Phrasen hinausgehen (Ringel 2021, 1763). Und auch wenn AfD-Politiker:innen wie Höcke konkreter versuchen, auf Enttäuschungen in der Nachwendezeit und das Machtgefälle zwischen Ost und West einzugehen, weiß das angesprochene ‚Volk‘ nicht viel damit anzufangen. Die Demonstrationsreden von Höcke und Gauland liefern keine konkreten Pläne für ihre diffus versprochene Hoffnung auf Besserung; sie liefern keine Ideen für die Umsetzung konkreter politischer Projekte. Was ich an der Dynamik dieser Demonstration 2019 beobachte, erscheint mir wie die Sackgasse des Ablenkungsmanövers der AfD, in der die hoffnungsvolle Begeisterung an ihr Ende gerät.

Im Verlauf der Forschungen führte ich viele Gespräche mit Menschen, die in ostdeutschen Regionen leben und zahlreiche strukturelle Probleme in die Diskussion einbrachten. Von vielen wurde das Thema AfD ähnlich wie in der Untersuchung von Ringel abgetan: Die AfD sei etwas für Unzufriedene, die ihren Protest damit ausdrücken wollen, aber biete keine eigentlichen Lösungen an. Andere gehen jedoch mit ihrer Unzufriedenheit zu den AfD-Veranstaltungen, wo sie mit offenen Armen und Angeboten auf eine diffuse ‚frohe Zukunft‘ empfangen werden.

Die misslungenen Ansprachen von Höcke und Gauland auf der Demonstration 2019 in Erfurt lassen in diesem Zusammenhang die Annahme zu, dass dem Erfolg und der Anziehungskraft rechter narrativer Angebote in Ostdeutschland Grenzen gesetzt sind – auch wenn die Wahlergebnisse der Landtagswahlen fünf Jahre später im Jahr 2024 deutlich besser ausfallen werden. Am Beispiel des AfD-Wahlkampfes 2019 in den ostdeutschen Bundesländern wird auf der einen Seite zwar erkennbar, wie gut solche affektiven, auf Zeit und Raum zugeschnittenen nationalistischen Versprechungen funktionieren können und welches Potenzial in solchen hoffnungsproduzierenden Narrativen für politische Mobilisierung steckt. Auf der anderen Seite wird deutlich, dass diese Versprechen und identitären Aufwertungen eher nationalistischen Bedürfnissen entgegenkommen, als tatsächliche politische Angebote für fortbestehende Gründe tiefsitzender Unzufriedenheit zu machen – und das gilt nicht nur in Ostdeutschland. Der Vergleich zu den Wahlen im Jahr 2024 zeigt, dass diese nationalistischen Bedürfnisse weiter wachsen.

Schlussbetrachtung

Ostdeutschland ist ein Topos, der in den letzten Jahren zunehmend in den Fokus von rechten Mobilisierungsversuchen gerückt ist. In vielfältigen Zusammenhängen, das heißt auf Demonstrationen und Protesten, auf Wahlkampfveranstaltungen und ‚bürgernahen‘ Diskussionsveranstaltungen sowie in Publikationen und Zeitschriften aus rechter Hand, wird ‚dem Osten‘ eine spezifische narrative Perspektive gegeben: als hoffnungsgebende Region für ‚widerständige‘ Nationalist:innen und als mythischer Auferstehungsort des ‚wahren deutschen Volkes‘. Diese Erzählung Ostdeutschlands funktioniert im Kontext global zirkulierender rechter *master narratives* von ‚Umvolkung‘, ‚nationaler Wiedergeburt‘ und der Vision eines ‚weißen Ethnostaates‘. Sie nimmt jedoch eine regional-spezifische Rolle ein, die sich – wie in diesem Beitrag dargestellt wurde – in den Framings und rhetorischen Angeboten von

AfD-Politiker:innen im Wahlkampf 2019 beobachten lässt. Die AfD beschwört einerseits eine Interpretation der sozialistischen Vergangenheit als repressives System, in der die zentrale Identitätskategorie ‚der Ostdeutschen‘ in ihrer inhärent widerständigen, kämpferischen und systemumwälzenden Verfasstheit angelegt ist. Im Sinne des Konzepts der *Alt/Histories* dient diese Interpretation den politischen Zwecken der AfD, ihre nationalistischen Vorstellungen zu legitimieren. Das bedeutet, dass Bezüge zur Vergangenheit selektiv ausgewählt, normativ aufgeladen und politisch nutzbar gemacht werden. Andererseits macht die AfD diese Vergangenheitsbezüge und Identitätskonstruktionen im Zusammenspiel mit Bezügen zur Zukunft politisch nutzbar, denn die regressiv entworfenen ‚Ostdeutschen‘ in ihrer inhärenten Widerständigkeit seien – wie die von Höcke beschworenen gallischen Dörfer – schicksalhaft prädestiniert für eine erneute nationale Revolte. In dieser rechten Perspektive wird der Mythos der revoltierenden Ostdeutschen gegen dystopische Vorstellungen des nationalen Verfalls und der ‚Umvolkung‘ erst noch eintreten. Der Mythos wird als *Alt/Future* entworfen und in eine breit angelegte zeitliche Erzählung – *da kommen ‚wir‘ her, da gehen ‚wir‘ hin* – narrativ eingebettet.

Rechte Narrative stehen zwar im Fokus zahlreicher aktueller Analysen, dennoch erhalten wir ein komplexeres Bild, wie rechte Politik funktioniert, wenn wir die affektiven und zeitlich-räumlichen Aspekte ihrer Narrative genauer betrachten. Wie ich in diesem Beitrag gezeigt habe, ist Hoffnung eine wesentliche Ressource für rechte Bewegungen, um ihre Anliegen zu legitimieren und potenzielle Wähler:innen zu mobilisieren. Am Beispiel der Erzählungen über Ostdeutschland wird deutlich, wie Hoffnung auf Zukunft als Ressource in lokalen Kontexten funktionieren kann und wo sie auf ihre Grenzen trifft. Hoffnung ist für jedes politische Projekt eine zentrale und wesentliche Ressource, unabhängig davon, ob es sich um rechte oder linke politische Projekte handelt. In ihrem narrativen Angebot für Ostdeutschland greift die AfD auf ein Zusammenspiel von entworfenen *Alt/Histories* und *Alt/Futures* zurück und schafft verschiedene Räume und Bühnen, um ihr hoffnungsgebendes Narrativ auf spektakuläre Art und Weise zu inszenieren: Dieses Spektakel entfaltet sich in dem Versprechen auf eine ‚frohe, lebendige Nation‘, in der Anrufung ‚der Ostdeutschen‘ als ‚widerständig, kämpferisch und diktatursensibel‘ und in der Konstruktion von Ostdeutschland als ‚letzte gallische Bastion‘. Mit diesem Spektakel versucht die AfD, Hoffnungslosigkeit angesichts struktureller Verluste in ostdeutschen Regionen in eine narrative Bahn zu lenken und Begeisterung zu schüren. In ihrer Qualität sind diese Mobilisierungsversuche *spektakulär*; in ihren Inhalten und konkreten politischen Ideen bleiben sie jedoch *leer*. Es könnte diese Einsicht sein, die dem politischen Erfolg der AfD eine Grenze setzt und ihre Strategien als Ablenkungsmanöver enthüllt.

JULIA LESER  ist Fellow am SFB „Dynamiken der Sicherheit“ an der Philipps-Universität Marburg. Ihre Arbeit konzentriert sich auf die Naturalisierung und Normalisierung von sozialen Ordnungen und Ungleichheiten im Kontext der Rechtspopulismusforschung, der kritischen Polizeiforschung und der Affektforschung. Sie koordinierte das Forschungsprojekt „Challenging Populist Truth-Making in Europe“ und ist Ko-Autorin von *The Wolves are Coming Back: The Politics of Fear in Eastern Germany* (Manchester University Press, 2021).

Endnoten

- 1 Siehe www.compact-online.de/zum-afd-ergebnis-der-osten-leuchtet-der-westen-ist-verloren-jetzt-muss-sich-der-osten-vom-westen-befreien-auch-in-der-afd-2, aufgerufen am 21.3.2022.
- 2 Der Beitrag greift auf empirisches Material zurück, das im Rahmen des Forschungsprojekts „Fremde im eigenen Land? Eine Studie über die Veränderbarkeit nationaler Narrative mithilfe Politischer Laboratorien (PoliLab)“ (2018–2021), gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) unter dem Förderkennzeichen 01UM1805Y, erhoben wurde.
- 3 Dieses Zitat und alle folgenden aus https://www.youtube.com/watch?v=gXo8pRXNEEU&ab_channel=F%C3%BcrGerechtigkeit, aufgerufen am 31.3.2022.
- 4 Im März 2015 beschlossen die damaligen AfD-Politiker Björn Höcke und André Poggenburg die sogenannte „Erfurter Resolution“ als Appell gegen den Kurs der AfD unter dem damaligen Parteisprecher Bernd Lucke. Höcke und Poggenburg kritisierten darin die Annäherung der AfD an die etablierten Parteien und den Ausschluss von AfD-Mitgliedern aus der Partei und forderten einen ‚patriotischeren‘ Kurs für die AfD.
- 5 Dieses Zitat und das folgende aus https://www.youtube.com/watch?v=Y_A3Kon9zGA, aufgerufen am 2.2.2022.

Literaturverzeichnis

- Bryant, Rebecca/Daniel M. Knight (2019): *The anthropology of the future*. Cambridge/New York: Cambridge University Press.
- Caramani, Daniele/Luca Manucci (2019): National past and populism: The re-elaboration of fascism and its impact on right-wing populism in Western Europe. In: *West European Politics* 42/6, 1159-1187.
- Davey, Jacob/Julia Ebner (2019): 'The Great Replacement': The violent consequences of mainstreamed extremism. Institute for Strategic Dialogue. URL: www.isdglobal.org/isd-publications/the-great-replacement-the-violent-consequences-of-mainstreamed-extremism/, aufgerufen am 25.11.2022.
- Dellenbaugh-Losse, Mary u. a. (2020): Toxische Orte? Faktoren der regionalen Anfälligkeit für völkischen Nationalismus. In: Lynn Berg u. a. (Hg.): *Rechtes Denken – rechte Räume?* Bielefeld: transcript, 47-82.
- Dümling, Sebastian (2021): Zeit-Politik. Die alten Reiche der Neuen Rechten. In: Johannes Schütz u. a. (Hg.): *Die neue Mitte? Ideologie und Praxis der populistischen und extremen Rechten*. Wien/Köln: Böhlau, 109-123.
- Gallinat, Anselma (2017): *Narratives in the Making: Writing the East German Past in the Democratic Present*. New York/Oxford: Berghahn.
- Göpffarth, Julian (2021): Activating the socialist past for a nativist future: Far-right intellectuals and the prefigurative power of multidirectional nostalgia in Dresden. In: *Social Movement Studies* 20/1, 57-74.
- Hage, Ghassan (2003): *Against paranoid nationalism: Searching for hope in a shrinking society*. Annandale: Pluto Press.
- Heft, Kathleen (2018): Brauner Osten – Überlegungen zu einem populären Deutungsmuster ost-deutscher Andersheit. In: *Feministische Studien* 36(2), 357-366.
- Hentschel, Christine (2018): Dark truths in East German towns in times of Islamophobia. In: Kerry Bystrom u. a. (Hg.): *South and north: Contemporary urban orientations*. London/New York: Routledge, 217-236.
- Höcke, Björn/Sebastian Hennig (2018): *Nie zweimal in denselben Fluss*. Lüdinghausen: Manuscriptum.
- Homolar, Alexandra/Georg Löffmann (2021): Populism and the Affective Politics of Humiliation Narratives. In: *Global Studies Quarterly* 1(1), 1-11.
- Kaya, Ayhan (2020): *Populism and heritage in Europe: Lost in diversity and unity*. Abingdon/New York: Routledge.
- Kaya, Ayhan (2021): The use of the past by the Alternative for Germany and the Front National: Heritage populism, Ostalgia and Jeanne D'Arc. In: *Journal of Contemporary European Studies* 31/2, 318-331.
- Kenny, Michael (2017): Back to the populist future? Understanding nostalgia in contemporary ideological discourse. In: *Journal of Political Ideologies* 22/3, 256-273.
- Kølvraa, Christoffer/Bernhard Forchtner (2019): Cultural imaginaries of the extreme right: An introduction. In: *Patterns of Prejudice* 53/3, 227-235.
- Leser, Julia/Rebecca Pates (2022): *The Framing of Right-Wing Populism: Intricacies of 'Populist'*

- Narratives, Emotions, and Resonance. In: Michael Oswald (Hg.): *The Palgrave Handbook of Populism*. Cham: Palgrave Macmillan, 437-450.
- Leser, Julia/Florian Spissinger (2020): The functionality of affects: conceptualizing far-right populist politics beyond negative emotions. In: *Global Discourse* 10/2, 325-342.
- Leser, Julia u. a. (2019): Performing 'Resistance' – The Far Right's Master Narrative. In: *The Journal of Culture* 8/1, 13-21.
- Moffitt, Benjamin (2015): How to Perform Crisis: A Model for Understanding the Key Role of Crisis in Contemporary Populism. In: *Government and Opposition* 50/2, 189-217.
- Nilan, Pam (2021): *Young people and the far right*. Singapore: Palgrave Macmillan.
- Pates, Rebecca/Julia Leser (2021): *The wolves are coming back: The politics of fear in Eastern Germany*. Manchester: Manchester University Press.
- Quent, Matthias (2019): *Deutschland rechts außen: Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können*. München: Piper.
- Ringel, Felix (2021): Postsocialist Dialectics or Postindustrial Critique? On Discomfort in a Former Socialist Model City in East Germany. In: *Europe-Asia Studies* 73/9, 1748-1767.
- Schmalenberger, Sophie (2022): 'Peaceful Revolution' Reloaded? The AfD and the Mobilization of Alternative East German Feelings. 46th Annual Conference of the German Studies Association. Houston. URL: www.researchgate.net/publication/364112897_%27Peaceful_Revolution%27_Reloaded_The_AfD_and_the_Mobilization_of_Alternative_East_German_Feelings, aufgerufen am 25.11.2022.
- Schneider, Ulrich (1997): Rolle rückwärts. Vom politischen Gebrauch der Geschichte. In: Johannes Klotz u. a. (Hg.): *Die selbstbewusste Nation und ihr Geschichtsbild. Geschichtslegenden der Neuen Rechten*. Köln: Ullstein, 8-30.
- Spissinger, Florian (2024): *Die Gefühlsgemeinschaft der AfD: Narrative, Praktiken und Räume zum Wohlfühlen*. Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich.
- Spissinger, Florian u. a. (2024): Das Ringen um ‚die Ostdeutschen‘ – über die Beharrlichkeit einer Identitätskonstruktion. In: Lars Vogel u. a. (Hg.): *Ostdeutschland: Identität, Lebenswelt oder politische Erfindung?* Wiesbaden: Springer, 337-357.
- Spissinger, Florian/Julia Leser (2021a): Affektive Komplexität in rechten Kontexten – Methodologische Impulse. In: Ariane Brensell u. a. (Hg.): *Forum Kritische Psychologie, Neue Folge 3. Krise – autoritäre Tendenzen – Subjektivität*. Hamburg: Argument, 94-112.
- Spissinger, Florian/Julia Leser (2021b): Die Übersetzung situativer ‚Bauchgefühle‘ in eine Analyse politischer Affekte: Potentiale ethnografischer Affektforschung für die Untersuchung von rechter Politik. In: Birgit Blättel-Mink (Hg.): *Gesellschaft unter Spannung. Verhandlungen des 40. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 2020*. Essen, 1-11. URL: https://publikationen.sozioogie.de/index.php/kongressband_2020/article/view/1336, aufgerufen am 25.11.2022.
- Thiele, Anja (2021): „Wir sind das Volk“. Rechte Geschichtspolitik und die Aufarbeitung der DDR. In: *DDR-Aufarbeitungsforum Heute und Gestern*. URL: <http://h-und-g.info/forum/schwerpunkt-rechts-populismus/default-title-6>, aufgerufen am 10.04.2022.
- Valencia-García, Louie Dean (2020): *Far-right revisionism and the end of history: Alt/histories*. New York: Routledge.
- Volk, Sabine (2020): ‚Wir sind das Volk!‘ Representative Claim-Making and Populist Style in the PEGIDA Movement's Discourse. In: *German Politics* 29/4, 599-616.
- Volk, Sabine (2022a): Contested Memories of the East German Peaceful Revolution: Appeals to 1989 by the Populist PEGIDA Movement. In: Nicolas Maslowski u. a. (Hg.): *Contested Legacies of 1989. Geopolitics, Memories and Societies in Central and Eastern Europe*. Berlin: Peter Lang, 117-134.
- Volk, Sabine (2022b): Resisting 'leftist dictatorship'? Memory politics and collective action framing in populist far-right street protest. In: *European Politics and Society* 24/5, 535-551
- Weisskircher, Manès (2021): The Importance of Being Eastern German. The Multiple Heartlands of Germany's Far Right. In: Ninna Mörrner (Hg.): *The Many Faces of the Far Right in the Post-Communist Space: A Comparative Study of Far-Right Movements and Identity in the Region*. Huddinge: CBEES, 91-99.
- Wippermann, Wolfgang (2009): *Dämonisierung durch Vergleich: DDR und Drittes Reich*. Berlin: Rotbuch.
- Wodak, Ruth (2021): From Post-Truth to Post-Shame: Analyzing Far-Right Populist Rhetoric. In: Cynthia Gordon (Hg.): *Approaches to Discourse Analysis*. Washington: Georgetown University Press, 175-189.

